

PRESSEMITTEILUNG

Sonneberg, 4. März 2008

Meißner fordert Bekämpfung der Jugendkriminalität

Die Landtagsabgeordnete und jugendpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Beate Meißner, hat sich heute im Thüringer Landtag für eine Verschärfung des Jugendstrafrechts ausgesprochen. Richter und Polizei in Thüringen bestätigten, dass nicht die Quantität der Straftaten Jugendlicher zugenommen habe, sondern die Qualität der verübten Taten. Das dies auch für den Landkreis Sonneberg gelte, wurde der Abgeordneten auf Nachfrage vom Leiter der Polizeiinspektion Sonneberg, Andreas Barnikol bestätigt. "Gesetzentwürfe des Bundesrates zur Bekämpfung der Jugenddelinquenz sind bisher gescheitert. Ich hoffe die öffentliche Diskussion führt zur Aufhebung der bisherigen Blockadehaltung der Bundes-SPD", sagte Meißner.

In der Aktuellen Stunde zum Thema „Wirksame Problemlösungen im Bereich der Jugendkriminalität in Thüringen“ mahnte Meißner eine sachliche und fundierte Diskussion für Thüringen an. In diesem Zusammenhang verwies sie auf ihre kürzlich gestellten Kleinen Anfragen zum Thema Jugendkriminalität in Thüringen hin, die notwendige Fakten liefern sollen.

Die Angst gerade älterer Mitbürger, die sich abends nicht mehr vor die Tür trauen, muss von der Politik ernst genommen werden. "Daher plädiere ich für den sogenannten Warnschussarrest, der ein wirksames pädagogisches Mittel ist, so früh wie möglich auf das Unrechtsbewusstsein jugendlicher Straftäter einzuwirken", so die Abgeordnete. Darüber hinaus sollte man über die konsequente Anwendung des Erwachsenstrafrechtes bei Heranwachsende nachdenken. Dazu betont Meißner: "Wer Auto fährt und wählen kann, muss sich wie ein Erwachsener verantworten, wenn er Straftaten begeht."

Damit sich der jugendliche Straftäter aber auch mit seiner Tat auseinandersetzt, bedarf es delikts- und täterbezogener Weisungen. Dafür sei laut der Sonneberger Landtagsabgeordneten ein ausreichender Gesetzesspielraum gegeben, der kreativ und konsequent genutzt werden sollte. Eine Strafbarkeit für unter 14 jährige Straftäter lehnt die jugendpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion jedoch ab. In diesem Alter seien die Eltern durch die vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten zur Rechenschaft zu ziehen.

Überdies verwies sie auf das erst zu Jahresbeginn in Kraft getretene Thüringer Jugendstrafvollzugsgesetz. „Mit diesem Gesetz werden die Weichen in die richtige Richtung gestellt. Jugendliche Straftäter werden nicht verwahrt, sondern es wird intensiv mit ihnen gearbeitet, um sie auf ein Leben in Freiheit ohne Straftaten vorzubereiten“, sagte Meißner.